

Tanita Jill Pöggel

Ein »unfaßbar kompliziertes« Problem. Rassismus als Gegenstand von Konflikten im Kontext von Geflüchteten-Solidarität in der Bundesrepublik der 1980er Jahre

Zusammenfassung

In den 1980er Jahren formierte sich in der Bundesrepublik Deutschland ein breiter Aktivismus in Solidarität mit Geflüchteten, der sich gegen das zunehmend migrations- und asylfeindliche Klima engagierte. Dabei wurden auch unterschiedliche Deutungen von Rassismus als Analysegegenstand ebenso wie als Problem der linken sozialen Bewegungen Gegenstand der Auseinandersetzung. Der Aufsatz arbeitet auf der Grundlage von bisher weitgehend unberücksichtigtem Archivmaterial zwei unterschiedliche Rassismusverständnisse heraus, die in diesem Bewegungskontext diskutiert wurden, und zeigt, wie diese Kontroversen sowohl theoretisch als auch praktisch die aufkeimende antirassistische Bewegung prägten. Diese Kontroversen legten den Grundstein für spätere Verständnisse des komplexen Verhältnisses von Rassismus und Solidarität, das sowohl in bewegungspolitischen als auch akademischen Debatten in Deutschland bis heute von Bedeutung ist.

Schlagwörter

Rassismus, Antirassismus, Soziale Bewegungen, 1980er Jahre, Ideengeschichte

Dr. Tanita Jill Pöggel, Institut für Kriminalwissenschaften und Rechtsphilosophie, Goethe-Universität Frankfurt

Zeitschrift für Migrationsforschung – Journal of Migration Studies (ZMF)
DOI: <https://doi.org/10.48439/zmf.392>, *Online First*, published: 16.02.2026

An »Incredibly Complicated« Problem. Racism as a Subject of Conflict in the Context of Refugee Solidarity in the Federal Republic of Germany in the 1980s

Abstract

In the 1980s, a broad activism in solidarity with refugees emerged in the Federal Republic of Germany, fighting against an increasingly anti-immigrant and anti-asylum climate. In this context, different interpretations of racism as a subject of analysis and as a problem for left-wing social movements were also discussed. Drawing on hitherto largely untapped archival material, the article analyses two different understandings of racism that were debated in this movement context and shows how these controversies shaped the burgeoning anti-racist movement in both theory and practice. These debates laid the foundations for later understandings of the complex relationship between racism and solidarity, which is still important in both political movement and academic debates in Germany today.

Keywords

Racism, anti-racism, social movements, 1980s, history of ideas

* * * * *

1 Einleitung

Seit den 2010er Jahren haben Rassismus und Rassismuskritik im Zusammenhang mit Flucht und Asyl aber auch darüber hinaus in der öffentlichen wie auch in der wissenschaftlichen Debatte in Deutschland an Bedeutung gewonnen. Politische Maßnahmen wie der »Nationale Aktionsplan gegen Rassismus« (Die Bundesregierung 2017) sowie öffentliche Proteste und zivilgesellschaftliche Mobilisierungen, wie etwa die Refugee-Proteste von 2013 bis 2015 (Steinhilper 2021; Wilcke und Lambert 2015) oder die Kämpfe um Anerkennung nach rechtsterroristischen Anschlägen, etwa der Mordserie des NSU oder der rassistischen Tat in Hanau (Demirtas et al. 2023; Nobrega et al. 2021), verdeutlichen die zentrale Rolle von Aktivismus in diesen Auseinandersetzungen. Auch die Black Lives Matter-Bewegung hat international wie national einen bedeutenden Einfluss auf die Thematisierung und Politisierung von Rassismus gehabt (Dunivin et al. 2022). In diesem Zusammenhang wird Aktivismus zunehmend als ein öffentlicher Raum der Theorieproduktion verstanden. Für die Geschichte der kritischen Auseinanderset-

zung mit Rassismus sind aber nicht nur akademische Milieus, sondern vor allem politische Protest- und Oppositionsbewegung von großer Bedeutung (Prenzel 2012; interface 2005; Seibert 2008; Bergold-Caldwell et al. 2016). Diese waren zumeist auch Orte kritischer Reflexionen, die wiederum im wissenschaftlichen Kontext aufgegriffen wurden (Kalpaka und Rätzel 1992; 2017). Aktivist:innen leisten in diesem Sinne einen bedeutenden Beitrag zur Entwicklung von Rassismustheorien, indem sie Rassismuserfahrungen und -praktiken in den Mittelpunkt politischer und gesellschaftlicher Diskussionen rücken.

Die Geschichte solcher politisch-aktivistischen Beiträge zur Entwicklung einer kritischen Rassismustheorie und -analyse ist bislang im deutschen Kontext allerdings nur wenig erforscht. Trotz verschiedener Aufarbeitungen der umstrittenen Geschichte von Migration und Asyl in der BRD (Alexopoulou 2020; Herbert und Schönhagen 2020; Kleinschmidt 2018; Poutrus 2019), bleiben kritisch-aktivistische Diskussionslinien spezifisch mit Blick auf Rassismus abgesehen von wenigen Ausnahmen (Alexopoulou 2021; Bojadžijev 2002, 2012; Bojadžijev et al. 2019; Florvil 2020) unterbelichtet. Im Anschluss an diese Forschung soll in diesem Beitrag die kontroverse Geschichte von Debatten über die Entstehungsbedingungen, Ausdrucksformen und Erfahrungsdimensionen von Rassismus am Beispiel einer Diskussion im Kontext des pro-Geflüchteten-Aktivismus in der BRD der 1980er Jahre in den Blick genommen werden.

Der Beitrag beruht auf Rechercharbeit in verschiedenen Bewegungsarchiven. Dazu gehören das *APO Archiv* an der Freien Universität Berlin, das Archiv der Antirassistischen Initiative (ARI) in der *Kollektivbibliothek und im Plakatearchiv* des Berliner Kulturzentrums Bethanien, der *Papiertiger: Archiv & Bibliothek der sozialen Bewegungen* in Berlin, das *Dokumentationszentrum und Museum über die Migration in Deutschland (DOMiD)* in Köln, das *Archiv für alternatives Schrifttum (AfaS)* in Duisburg sowie das Archiv des *Informationszentrums 3. Welt (iz3w)* in Freiburg. Darüber hinaus wird über die »akArchiv. 6«-CD das Archiv der 1971 gegründeten Zeitschrift *Arbeiterkampf* (seit 1992 *analyse & kritik*) berücksichtigt. Zur Untersuchung der vorherrschenden Debattenkultur im Kontext von Geflüchteten-Solidarität wird eine recherchierte Vielzahl an zeitgenössischen Quellen in die Analyse einbezogen (z.B. Demonstrationaufrufe, Redebeiträge, Stellungnahmen, Konferenzberichte, Plenumsprotokolle, Broschüren, Zeitschriften und Bücher). Da es sich bei dem gesammelten Archivmaterial weitgehend um (semi-)öffentliche Diskussionsbeiträge und Interventionsversuche handelt, greift der Beitrag zur Auswertung dieses Materials auf das methodologische Paradigma der kritischen Diskursanalyse zurück. Insbesondere der von Ruth Wodak und Martin Reisigl entwickelte *diskurshistorische Ansatz* ist vielversprechend, weil er Instru-

mente zur Analyse der semantischen und argumentativen Dimension einzelner Diskursbeiträge bereitstellt (Reisigl und Wodak 2001; Reisigl 2014). Auch in methodologischer Hinsicht wird sich an diesem Ansatz orientiert: Im Rahmen einer »entry-level analysis« (Wodak 2015, S. 50) wurde jeder akquirierte Archivtext im Hinblick auf Autor:innenschaft, Textgenre sowie die maßgeblichen inhaltlichen Themenschwerpunkte codiert. Im Anschluss wurden diejenigen Texte, die für die Analyse der Rolle von Rassismus relevant sind, ausgewählt und einer »in-depth analysis« (ebd.) unterzogen. Dieser zweite Schritt macht deutlich, welche unterschiedlichen Rassismusverständnisse in der frühen Geflüchteten-Solidaritätsbewegung vorherrschten, durch welche Argumentations- und Kritikmuster diese jeweils geprägt waren, inwiefern hierbei der damalige gesellschaftspolitische Kontext reflektiert wurde und in welchen Formen die Akteure, die diese Texte produzierten, sich wechselseitig aufeinander bezogen oder voneinander abgrenzten. In einem dritten Schritt wurde die Makro- und Mikroanalyse des Archivmaterials in eine Analyse des übergreifenden sozio-historischen Kontexts eingebettet. Hierzu gehört auch die Frage nach übergreifenden Wandlungsprozessen in der bewegungsinternen Auseinandersetzung mit Rassismus von den frühen bis zu den späten 1980er Jahren.

Nach einer kurzen Kontextualisierung des pro-Geflüchteten-Aktivismus der 1980er Jahre (2) werden im Folgenden zwei Perspektiven zum Verständnis von Rassismus (3) und Antirassismus (4) herausgearbeitet, die sich im Verlauf der 1980er Jahre zunehmend konfliktuell im Kontext der Geflüchteten-Solidarität gegenüberstanden. Diese werden notwendigerweise vereinfacht am Beispiel ausgewählter Texte aufgezeigt.

2 Pro-Geflüchteten-Aktivismus in den 1980er Jahren

Das Thema Asyl entwickelte sich im Laufe der 1980er zu einem zentralen Politikum. Seit den späten 1970er Jahren hatten die Asylgesuche in der BRD stetig zugenommen. Auch wandelte sich die Struktur der Herkunftsländer, aus denen Asylbewerber:innen kamen, hin zu vornehmlich außereuropäischen Ländern des Globalen Südens, die keine eindeutig zuordenbare Rolle im Kalten Krieg einnahmen und damit keinen Anlass zur Selbstinszenierung des deutschen Asylregimes als Schutzraum für die Opfer kommunistischer Verfolgungsregime boten (Bade 1994, S. 95; Poutrus 2019). Vor diesem Hintergrund entstand eine »Asyldebatte«, die sich durch das gesamte kommende Jahrzehnt zog und im Nachgang der Wende in zahlreichen rassistischen Pogromen sowie der Grundgesetzänderung im Rahmen des »Asylkompromiss« von 1993 gipfelte. Die 1980er waren durch zunehmende politisch-

rechtliche Einschränkungen des Asylrechts und Verschlechterung des Umgangs mit Asylbewerber:innen und verschiedenen Hetzkampagnen geprägt.¹

Zivilgesellschaftlich wurde dieser Diskurs samt den damit einhergehenden Verschärfungen äußerst kritisch begleitet und es entstand zunehmend ein Feld des pro-Geflüchteten-Aktivismus, auf dem sehr heterogene Akteure zusammenkamen. So finden sich in den Archiven zahlreiche Hinweise auf Asylbewerber:innen, die versuchten, sich durch Beschwerden, Proteste und vor allem Hungerstreiks gegen die Mechanismen der Ausgrenzung in Abschiebehaft und in Gemeinschaftsunterkünften zur Wehr zu setzen (vgl. Internationale Kommunistische Partei 1981; Komitee von Asylbewerbern 1981). Zudem bildeten sich Anfang der 1980er Jahre verschiedene Initiativen, die sich spezifisch der Unterstützung von Geflüchteten und Asylbewerber:innen widmeten, wie beispielsweise der erste Flüchtlingsrat in Berlin (1981) oder der Hamburger Arbeitskreis ASYL (1983). Initiiert wurden diese häufig durch christliche Kirchenvertreter:innen (Babo 2003; Morgenstern 2003; Spanos 2022), Sozialarbeiter:innen oder Jurist:innen, also jenen Organisations- und Berufsgruppen, die im Rahmen ihrer Arbeit zum Teil alltäglichen Kontakt mit Geflüchteten hatten. Hinzu kam ein breites, sich zum Teil auch überlappendes Spektrum an Akteuren, die im Rahmen ihres Aktivismus zunehmend das Thema Asyl aufgriffen: von migrantischen Selbstorganisationen und linksradikalen Initiativen bis hin zu etablierten Menschenrechtsorganisationen wie Amnesty International, über Parteien wie die Grünen und Gewerkschaften.² Trotz zum Teil starker Differenzen in den jeweiligen politischen Einschätzungen und Zielen, kamen die verschiedenen Gruppen und Individuen im Laufe der 1980er Jahre in verschiedenen Kampagnen und Kontexten zusammen.³ In diesem Zusammenhang kam es auch zunehmend zu regionalen und zum Teil bundesweiten Vernetzungen und zur Professionalisierung. So wurde 1986 die Bundesarbeitsgemeinschaft PRO ASYL von Mitarbeitenden der Flüchtlingsräte, christlicher Kirchen, von Gewerkschaften und Wohlfahrts- sowie Menschenrechtsorganisationen gegründet. Auch kamen seit dem Herbst 1986 Akteure der Geflüchteten-

1 Für einen umfassenden Überblick über die Geschehnisse und Debatten der 1980er und 1990er Jahre siehe: Bade 1994; Herbert 2001; Kleinschmidt 2018; Münch 1992; Poutrus 2019; Schuster 2003; Wolken 1988. Für spezifisch lokale Diskussionen siehe z. B.: Templin 2016.

2 Für die ambivalente Rolle von Gewerkschaften im Kontext von Migrations- und Asyldebatten siehe: Goeke 2020; Carstensen et al. 2022.

3 Beispiele waren die Mobilisierungen um den »Fall Altun« 1983 (vgl. Templin 2016; Arendt-Rojahn 1983; Initiative für die Freiheit von C.K. Altun in Lübeck 1983; Komitee für politische Asylanten 1983) oder auch die »Fluchtburgen« und »freien Flüchtlingsstädte«, die seit dem Spätsommer 1986 in verschiedenen Großstädten entstanden (Fluchtburg Berlin 1988; Freie Flüchtlingsstädte-Bewegung 1988; Flüchtlingsrat Bremen 1989).

Unterstützungsarbeit regelmäßig im Rahmen des »bundesweiten Treffens der Einwanderer- und Flüchtlingsinitiativen«⁴ zusammen, um sich auszutauschen und ihre Arbeit strömungsübergreifend zu vernetzen (Arbeitskreis gegen Rassismus, Frankfurt 1987; o. A. 1987; Flüchtlingsrat Bremen 1988a). Trotz solcher Vernetzung und Professionalisierung blieb das Feld des pro-Geflüchteten-Aktivismus sehr heterogen bezüglich der politischen Positionen und Strategien, sodass nicht von einer einheitlichen sozialen Bewegung gesprochen werden kann.

Rassismus wurde im Laufe des Jahrzehnts ein zunehmend relevanter Referenzpunkt unter pro-Geflüchteten-Akteuren. Auch wenn der Begriff »Rassismus« zu Beginn der 1980er Jahre keine dominante Rolle spielte, gehörte er bereits zum diskursiven Repertoire. Allerdings unterschieden sich die Bedeutung und die analytische Relevanz des Konzepts stark je nach Zeitpunkt und Akteur. In der ersten Hälfte der 1980er Jahre diente er dabei primär als Referenzrahmen, mit dem die aktuelle Migrations- und Asylpolitik in unterschiedlichen Weisen in einen Zusammenhang zur nationalsozialistischen Vergangenheit gebracht wurde (o. A. 1981; Koordinationsbüro »Frankfurter Appell« 1984; vgl. Pöggel 2023). Diese Rückbezüge auf den Nationalsozialismus sind wenig überraschend. Das Asylrecht, das seit seiner Verankerung im Grundgesetz 1949 eine besondere symbolische Bedeutung hatte, wurde als Garant für die Abkehr der Bundesrepublik von ihrer rassistischen Vergangenheit und insbesondere vom Nationalsozialismus angesehen (Poutrus 2016, S. 893; vgl. Bade 1994; Herbert 2001). Zudem war die Betonung der Kontinuitäten zum NS-Regime ein typisches diskursives Muster des linksalternativen Milieus und der sozialen Bewegungen seit 1968. Jenseits dieser historischen Bezugnahmen wurde der Begriff Rassismus jedoch in der Regel nicht weiter ausgeführt. Stattdessen verwendeten die Aktivist:innen – im Einklang mit den dominanten Tendenzen im öffentlichen Diskurs – primär den Begriff der »Ausländerfeindlichkeit«, um das Problem in der Gegenwart zu beschreiben.⁵

Darüber hinaus eignete sich eine Minderheit an Akteuren im Laufe des Jahrzehnts die Begriffe des Rassismus und Antirassismus zunehmend als zentrale Interpretationsrahmen an, in denen Fragen von Migration im All-

4 Diese Bundestreffen haben in den Quellen keine einheitliche Bezeichnung. Meist wird von »bundesweitem Treffen der Einwander- und Flüchtlingsinitiativen« gesprochen. Manchmal wird »EinwandererInnen« gegendert oder der Begriff »Kongress« anstelle von »Treffen« verwendet. In Einzelfällen werden die sich treffenden Akteure als »Immigranten- und Flüchtlingsinitiativen« bezeichnet oder der Begriff »Gruppen« statt »Initiativen« genutzt. Um Verwirrung vorzubeugen, wird im Folgenden entweder die jeweilige Bezeichnung ausgeschrieben oder kurz von »Bundestreffen« gesprochen.

5 Zur Kritik am Begriff der Ausländerfeindlichkeit siehe: Terkessidis 2004.

gemeinen und Flucht und Asyl im Besonderen beschrieben und verstanden wurden. Diese Hinwendung zum Rassismusbegriff war dabei eingebettet in einen breiteren linken Bewegungskontext, in dem ein antirassistischer Anspruch an die eigene politische Arbeit nicht zuletzt in Rückbezug auf politische und theoretische Diskussionen in anderen europäischen Ländern sowie den USA diskutiert wurde.⁶ Beispielsweise wurde in den 1980ern in feministischen Bewegungskontexten zunehmend die Etablierung rassismuskritischer Wissensproduktion in den Mittelpunkt gestellt (Meulenbelt 1988; Gutiérrez Rodríguez und Tuzcu 2021). Parallel entstand ab Mitte des Jahrzehnts eine afrodeutsche Bewegung, die spezifisch die Rassismuserfahrungen Schwarzer Menschen in Deutschland historisierte und in den Mittelpunkt rückte (Ayim et al. 2021; Haruna-Oelker 2016; Florvil 2020). Auch im Kontext der sogenannten »Ausländerarbeit« wurde Rassismus – zumindest von kritischen Stimmen – zum Teil als theoretischer Referenzpunkt genutzt. 1986 erschien beispielsweise das Buch *Die Schwierigkeit, nicht rassistisch zu sein* von Nora Räthzel und Annita Kalpaka, die im Anschluss vor allem an britische Rassismustheorien versuchten, den Rassismusbegriff ins Zentrum der Debatten um Migration zu rücken (vgl. Kalpaka und Räthzel 2017).

Diese wenigen Beispiele verdeutlichen, dass die begriffliche Hinwendung zum Begriff des Rassismus im Kontext des pro-Geflüchteten-Aktivismus Teil eines breiteren gesellschaftlichen – wenn auch sehr milieuspezifischen – Wandels war. Die Aktivist:innen grenzten sich explizit vom damals geläufigeren Begriff der »Ausländerfeindlichkeit« ab und kritisierten, dass dieser vorrangig ein subjektives Problem auf individueller Ebene impliziere und somit weder die Unterschwelligkeit noch die Strukturlogiken des Phänomens fassen könne (Flüchtlingsrat Bremen 1988a; Darmstädter Initiative gegen Rassismus 1989, S. 9). Stattdessen fanden nun zunehmend die Begriffe »Rassismus« und »Anti-Rassismus« Verwendung. Beispielsweise war die »Anti-Rassismus-Diskussion« beim »6. bundesweiten Treffen der EinwanderInnen- und Flüchtlingsinitiativen« ein zentral gesetzter Tagungspunkt (Flüchtlingsrat Bremen 1988a). Viele der Teilnehmer:innen verwendeten die Selbstbezeichnung eines »anti-rassistischen Bundestreffens« (Flüchtlingsrat Bremen 1988b) und einer »anti-rassistischen Bewegung« (Matras 1989d, S. 30).

Obwohl der Rassismusbegriff zunehmend ins Zentrum der Arbeit vieler Gruppen und Initiativen rückte, war sein Bedeutungsgehalt nicht immer eindeutig, was die Aktivist:innen durchaus selbst reflektierten. Dies lässt sich

⁶ Die Bewegungskontexte überlappten sich dabei nicht zuletzt auch personell sowohl bezüglich der Diskussionen als auch Aktionen mit dem spezifischen Kontext des pro-Geflüchteten-Aktivismus.

am Beispiel der Bundestreffen veranschaulichen. So wurde während des Bundestreffens in Frankfurt am Main im Jahr 1987 eine »Antirassismus-AG« mit dem Ziel gegründet, die »Rassismus-Diskussion und antirassistische Praxis weiter[z]u bringen« (Flüchtlingsrat Bremen 1988a, S. 84). Im Protokoll der zweiten Sitzung findet sich jedoch folgende Feststellung: »Um zu einem gemeinsamen Nenner zu kommen, sollten wir zuerst nochmal den Begriff Rassismus klar und wenig komplex definieren, [so]daß er als gemeinsame Basis trägt« (ebd., S. 84). Eine ähnliche Diagnose findet sich im Protokoll der »AG 3: Anti-Rassismus« auf dem 6. Bundestreffen 1988 in Bochum. Dort findet sich die Bemerkung, dass sich die Mehrzahl der Anwesenden zwar auf den »Minimalkonsens: ›Kein Kompromiß gegenüber dem Rassismus‹« einigen konnte, aber nicht in der Lage war, sich über eine einheitliche Bestimmung des »unfaßbar kompliziert[en]« Phänomens zu verständigen (ID Asyl In der BRD 1989, S. 14).

Diese Schwierigkeiten eine »gemeinsame Basis« zu finden, sind ein zentrales Thema in den Diskussionen der 1980er Jahre und sollen im Folgenden näher beleuchtet werden. Zwei Grundpositionen lassen sich unterscheiden, die auf unterschiedliche gesellschaftstheoretische Annahmen zurückgriffen, um Rassismus sowie daraus abgeleitete Vorstellungen antirassistischer Politik zu artikulieren. Diese lassen sich vor allem zwischen Individuen, Gruppen und Initiativen verorten, die sich als links(radikal) auf der einen oder migrantisch auf der anderen Seite positionierten. Diese Zuschreibungen basieren dabei auf dem nach Außen getragenen Selbstverständnis wie es im Archivmaterial zum Ausdruck kam. Wenn Akteure im Folgenden also als »migrantisch« oder »links« beschrieben werden, beruhen diese Beschreibungen auf öffentlichen Selbstbeschreibungen, die jeweils explizit geäußert wurden.

3 Rassismusverständnisse zwischen kapitalistischem »Organisationsprinzip« und »alltäglicher Erfahrung«

Mit der zunehmenden Relevanz, die der Rassismusbegriff insbesondere für migrantische und linke Akteure im Kontext des pro-Geflüchteten-Aktivismus ab Mitte der 1980er Jahre bekam, ging auch eine verstärkte Debatte um Rassismus als gesellschaftliche Realität einher. Unterschiedliche Fokussierungen und Positionierungen waren dabei nicht selten von offenen Konflikten zwischen den Akteuren begleitet. Diese Konflikte lassen sich anhand von Veröffentlichungen rund um die seit 1986 regelmäßig stattfindenden Bundestreffen sowie anhand von Positionspapieren politischer Individuen, Gruppen und Initiativen nachzeichnen. Aus diesen Publikationen lassen sich zwei Positionen rekonstruieren, die das Phänomen Rassismus jeweils

unterschiedlich verorteten: Auf der einen Seite stand eine Interpretation, die Rassismus vor allem als kapitalistische Struktur analysierte und auf der anderen Seite ein Verständnis, das in explizit kritischer Abgrenzung zu diesem Verständnis Rassismus vor allem als ein politisch-kulturelles Alltagsphänomen begriff, das nicht auf andere Herrschaftsverhältnisse reduzierbar sei.

3.1 Rassismus als »Organisationsprinzip des modernen Kapitalismus«

Die erste Grundposition wurde vorrangig durch solche Akteure vertreten, die sich selbst dem linksradikalen Spektrum zuordneten. Sie versuchten, Rassismus aus einer antikapitalistischen und antiimperialistischen Perspektive heraus zu verstehen und zu kritisieren. Dabei schlossen sie an eine längere Tradition des bewegungs- und parteipolitischen Linksradikalismus an, die seit dem Niedergang der antiautoritären Studierendenbewegung in den späten 1960er und frühen 1970er Jahren durch den Aufschwung leninistischer und maoistischer Strömungen und Organisationen wie etwa der sogenannten K-Gruppen (Seibert 2008; Benicke 2010; 2019) sowie der »autonomen Bewegung« (AG Grauwacke 2003; Gerber 2010; 2022) gekennzeichnet war. Die zentralen Aspekte des hier formulierten Rassismusverständnisses lassen sich in zahlreichen linken Bewegungspublikationen der 1980er Jahre wiederfinden (vgl. Komitee für politische Asylanten 1983; o. A. 1986; Devantie et al. 1987). An dieser Stelle sollen exemplarisch zwei Quellen herangezogen werden, in denen der Zusammenhang von Rassismus, Kapitalismus und Imperialismus besonders ausführlich ausformuliert wurde und die eine weite Verbreitung fanden: Erstens veröffentlichte der Koordinationskreis Rhein/Ruhr autonomer Flüchtlingsgruppen⁷ (1987) eine Sammlung an »Materialien gegen imperialistische Flüchtlingspolitik«, die verschiedene Positionspapiere von 1986, Dokumentationen verschiedener Veranstaltungen zum Thema sowie ein Pressedossier umfasste. Neben diesen »Materialien« gab die im Vorjahr gegründete Darmstädter Initiative gegen Rassismus (1989) das umfangreiche Positionspapier »Für eine antirassistische Bewegung in der Bundesrepublik« heraus. Auch wenn es innerhalb der in diesen Texten formulierten Diskussionen um Rassismus und Anti-Rassismus erhebliche Differenzen gab, waren sie dennoch durch verschiedene gemeinsame Grundperspektiven, Deutungsmuster und Argumentationslinien verbunden.

7 Im Archivmaterial finden sich nur wenige Hinweise auf die Gruppenkonstellation. Im Editorial der veröffentlichten Sammlung positioniert sich der Koordinationskreis explizit als Teil der »autonomen Linken« und situiert sich im Kontext der »rassistischen Kampagne« 1986. Darüber hinaus werden die Gruppengründung und Mitglieder nicht thematisiert.

Erstens hatten sie die Annahme gemein, dass Rassismus kein eigenständiges Phänomen sei, sondern als Ausdruck zugrundeliegender gesellschaftlicher Herrschaftsverhältnisse erklärt werden müsse. So betonte die Darmstädter Initiative, dass Rassismus kein »irgendwie aus der menschlichen ›Natur‹ entspringendes Bewußtseinsphänomen« (ebd., S. 10) sei, sondern seine Wurzeln in »materieller, gesellschaftlicher Natur« lägen (ebd., S. 14). Genauer verstanden diese Autor:innen Rassismus als »Organisationsprinzip des modernen Kapitalismus«, der in der »Unterdrückung und Ausplünderung« des Globalen Südens durch »die den Weltmarkt beherrschenden imperialistischen Nationen« seinen Ursprung habe (ebd., S. 10). Insofern die hieraus entstandenen globalen Ungleichheitsverhältnisse für die Betrachtung von Fluchtbewegungen in den Mittelpunkt gerückt wurden, zeigte sich hier auch eine explizit anti-imperialistische Argumentation. Beispielsweise hob der Koordinationskreis Rhein/Ruhr hervor, dass Geflüchtete aus einer anti-imperialistischen Perspektive vor allem als »Teil des internationalen Klassenkampfes« gesehen werden sollten, in dem sie einen »Anspruch auf Überleben und Entschädigung« repräsentierten (Koordinationskreis Rhein/Ruhr autonomer Flüchtlingsgruppen 1987, S. 32). Ganz ähnlich benannten auch die Revolutionären Zellen (1986) die »Flüchtlingsfrage« als »Teil eines globalen Klassenkampfes und Ausdruck eines vom imperialistischen Weltsystem gesetzten Widerspruchs, der ein Proletariat neuen Typs hervorbringt: die mobilisierten, vertriebenen, entwurzelten Massen der 3. Welt«.⁸

Zweitens interpretierte diese Strömung im Anschluss an traditionsmarxistische Ideen Rassismus primär als Spaltungsmechanismus der politisch und ökonomisch herrschenden Klasse. So wurde das Phänomen in einem Text zu »Rassismus und Flüchtlingsfrage« in den »Materialien« in folgender Weise auf den Punkt gebracht:

»Rassismus ist die ideologische Mobilmachung der Herrschenden, ein entscheidendes Spaltungs- und Zersetzungsmittel, um die Gemeinsamkeit des Klassenwiderstands zu brechen, um solidarisches und selbstbestimmtes Leben zu verhindern und um die jeweils aktuellen Pläne der Herrschenden durchzusetzen« (Koordinationskreis Rhein/Ruhr autonomer Flüchtlingsgruppen 1987, S. 7).

⁸ Als linksterroristische Gruppe, die auch gewaltsame Anschläge verübte, unterschieden sich die Aktivitäten der Revolutionären Zellen (RZ) deutlich von denen der anderen hier aufgeführten Protestakteure. In ihren Analysen der gesellschaftlichen Probleme unterschieden sie sich dabei allerdings wenig von den meisten anderen linken, antiimperialistischen Gruppen und Initiativen (vgl. Kraushaar 2006; Benicke 2010). Für den Umstand, dass die RZ damalige Diskussionen durchaus mitprägten, spricht auch die Häufigkeit, mit der ihre Texte in den verschiedenen Archiven und Veröffentlichungen anderer antiimperialistischer Gruppen der Zeit zu finden sind. Trotz ihrer Sonderrolle werden die RZ hier daher als Teil der ersten Strömung mitberücksichtigt.

Im Anschluss an die Einbettung von Rassismus in globale Ausbeutungsverhältnisse betonte die Darmstädter Initiative zudem, dass diese Spaltung sowohl auf nationaler als auch internationaler Ebene stattfindet. So führe Rassismus durch die »Spaltung der Welt in ausbeutende und ausgebeutete Nationen« einerseits zur »Spaltung der internationalen Arbeiterklasse« und andererseits zur »Spaltung der [nationalen] Bevölkerung in in- und ausländische Arbeitskräfte« (Darmstädter Initiative gegen Rassismus 1989, S. 13–15). Diese Spaltungsmechanismen, so die Argumentationslinie der Darmstädter Initiative, erfüllten insofern eine Funktion im Kapitalismus als durch sie gemeinsame Kämpfe gegen kapitalistische Ausbeutung und Unterdrückung untergraben würden (vgl. o. A. 1986). Auch der Koordinationskreis Rhein/Ruhr beobachtete diese Tendenz:

»Die weltweiten Flüchtlingsbewegungen sollen um die Metropolen herumgesteuert werden, und wenn überhaupt, dann an den dafür vorgesehenen Orten in Afrika, Asien und Lateinamerika vernutzt werden. Die rassistische Mobilisierung der Bevölkerung in der BRD soll auch den kleinsten Ansatzpunkten einer Gemeinsamkeit der »Entgarantierten« in der Metropole mit diesen Flüchtlingen vorbeugend den Boden entziehen. Die zunehmenden Angriffe gegen Flüchtlinge und Wohnheime sind ein Ausdruck hiervon. Rassenantagonismus gegen Klassenantagonismus zur Schaffung eines sozialen Konsenses in der Krise ist das Ziel. Die rassistische Mobilisierung des BRD-Staates hat umso mehr Erfolg, wie es ihm gelingt, die Klassengegensätze zu verschleiern« (Koordinationskreis Rhein/Ruhr autonomer Flüchtlingsgruppen 1987, S. 4).

Hier zeigt sich auch eine weitere grundlegende Perspektive, die diese Strömung auszeichnete. So spielte nämlich, drittens, der Staat in der Rassismusanalyse eine zentrale Rolle als jene Instanz, die die materielle Basis rassistischer Ideologie organisiere. Denn die internationalen und nationalen Spaltungslinien, die im Rassismus forciert würden, entsprängen nicht einfach nur der Imagination oder dem spontanen Alltagsbewusstsein der Lohnabhängigen, sondern würden mithilfe des staatlichen Gewaltmonopols über »Sondergesetze« (Darmstädter Initiative gegen Rassismus 1989, S. 19) für Ausländer:innen faktisch geschaffen und durchgesetzt. Die Darmstädter Initiative schlussfolgerte hieraus, dass »staatliche Ausländerpolitik in ihrer Gesamtheit undemokratisch und daher zu bekämpfen« (ebd., S. 32) sei. Aus dieser Logik heraus legten viele linke Gruppen den Fokus ihrer anti-rassistischen Kritik vor allem auf Gesetzgebung und Grenzregime (vgl. Flüchtlingsrat Bremen 1988a; Darmstädter Initiative gegen Rassismus 1989). Der »staatliche, rechtlich verankerte, Rassismus« (o. A. 1987, S. 4), der in dieser Strömung einen zentralen Referenzpunkt für die Analysen bildete, wurde somit als »funktionales Element innerhalb der Krisenbewältigungsstrategie des Kapitals« interpretiert (Freie Flüchtlingsstädte-Bewegung 1988, S. 42).

Zusätzlich machten die Akteure die »rassistische Mobilisierung des BRD-Staates« auch in seiner Fähigkeit aus, über Hetzkampagnen in Krisenzeiten rassistisches Potenzial in der Bevölkerung zu schüren und damit letztlich »die Klassengegensätze zu verschleiern« (Koordinationskreis Rhein/Ruhr autonomer Flüchtlingsgruppen 1987, S. 9). Auf diese Weise befördere der Staat die »Schaffung eines sozialen Konsenses in der Krise«, indem der »Rassenantagonismus gegen Klassenantagonismus« ausgetauscht würde (ebd., S. 4). Über Rassismus integriere das nationale Projekt somit ansonsten selbst Ausgeschlossene, wobei tendenziell immer auf die gleiche Logik zurückgegriffen werde: »Wenn ich ausgebeutet oder unterdrückt bin, kann ich mein Selbstwertgefühl dadurch steigern, daß noch jemand unter mir ist« (Koordinationskreis Rhein/Ruhr autonomer Flüchtlingsgruppen 1987, S. 9). Dass dem Staat dabei ein massives Einflusspotenzial zugeschrieben wurde, zeigt sich u. a. daran, dass die Aktivist:innen mit Formulierungen wie »Massenmedien der Herrschenden« ein Bild der massenmedialen Öffentlichkeit als verlängertem Arm der staatlich dirigierten kapitalistischen Herrschaftsordnung zeichneten. Dem Staat schrieben die Akteure damit eine doppelte Organisationsfunktion in der rassistischen Spaltung der (Welt-)Bevölkerung zu: einerseits als Instanz zur Herstellung rechtlicher Spaltungslinien und materieller Interessengegensätze, andererseits zur politisch-ideologischen Manipulation und Verschleierung.

3.2 Rassismus als »alltägliche Ausgrenzung von Minderheiten«

In kritischer Auseinandersetzung mit einer solchen antikapitalistischen und anti-imperialistischen Analyse von Rassismus wurde im Verlauf des Jahrzehnts auch zunehmend eine alternative Interpretation formuliert, die vor allem von Individuen, Gruppen und Initiativen artikuliert wurde, die sich selbst als migrantisch und als negativ von Rassismus betroffen positionierten. Aufbauend auf Erfahrungen spezifisch in Kontexten des pro-Geflüchteten-Aktivismus, aber auch allgemeiner in linken Bewegungskontexten sowie der »Ausländerarbeit« (Gutiérrez Rodríguez und Tuzcu 2021), benannten sie Schief lagen sowie Leerstellen in den bestehenden Analysen. Im Vergleich zur zuvor beschriebenen Strömung gestaltet sich die Quellenlage hier leicht anders, da sich weitaus weniger ausführliche Positionspapiere finden lassen. Dass diese Gegenperspektiven vor allem in Form von Redebeiträgen, Resolutionen und Protokollen der Bundestreffen dokumentiert sind, weist darauf hin, dass sie direkt aus dem politischen Handgemenge des Bewegungskontexts heraus entstanden. In den späten 1980er Jahren finden sich aber auch vereinzelt ausführlichere Reflexionen über diese aufkommende Konfliktlinie. Besonders aufschlussreich ist eine Sammlung verschiedener Artikel von Yaron Matras, die 1988/89 in verschiedenen linken Zeitungen und Zeitschrif-

ten veröffentlicht wurden und in denen er über die Diskussionen auf den Bundestreffen berichtete und diese reflektierte. Als Mitgründer des Aktionskomitees gegen Rassismus in Tübingen und späteres Mitglied der Rom und Cinti Union in Hamburg nahm Matras aktiv an den Debatten teil. Zusammengekommen ergeben sich aus diesen Dokumenten verschiedene Kritikpunkte, die an dieser Stelle nachgezeichnet werden sollen.

Erstens kritisierten Yaron Matras und andere Aktivist:innen, dass die Vorstellung einer tiefen Verwurzelung von Rassismus in kapitalistischen Herrschafts- und Ausbeutungsverhältnissen tendenziell dazu führe, Rassismus lediglich als abgeleitetes Phänomen ohne eigene Spezifik und Wirkmächtigkeit zu verstehen und damit zu bagatellisieren. So hob er in einem Beitrag über die Zusammenarbeit deutscher Linker mit »nicht-deutschen Minderheiten« in der Zeitschrift *Kommune* im Juli 1988 »die *eigenständige* Problematik und den *eigenständigen* Stellenwert der Belange der nationalen Minderheiten« hervor, die von Linken in der Regel verleugnet würden (Matras 1989a, S. 8; Hervorhebungen im Original). Hier ging es nicht so sehr darum, andere Ursprünge des Rassismus auszumachen, als vielmehr um eine Dezentrierung des Kapitalismus als rassismuskritischem Deutungsrahmen. Entgegen der in antikapitalistischen und anti-imperialistischen Milieus verbreiteten Einordnung der Situation Geflüchteter als Teil eines globalen Klassenkampfes wurde die klassenübergreifende Erfahrung rassistischer Diskriminierung betont, »die schichtenübergreifend ist und nicht nur Proletarier, sondern auch Handwerker, Händler und Rechtsanwälte umfaßt« (Matras 1989b, S. 16).

Zweitens problematisierten die Kritiker:innen der rein antikapitalistischen Interpretation damit auch das Verständnis von Rassismus als Spaltungsmechanismus. Sie verorteten Rassismus weniger in übergeordneten politischen Herrschaftsgefügen, sondern in den tatsächlichen »Verhaltensweisen und Denkstrukturen« (Immigrantenpolitisches Forum (IPF) 1989, S. 5) der deutschen Mehrheitsbevölkerung. Beispielsweise betonte Matras, dass ein »Ansatz, der den Rassismus als eine von oben eingesetzte Herrschaftsstrategie betrachtet, [...] zunächst eine passive Rolle der Mehrheit der bundesdeutschen Bevölkerung [impliziert], fast als wäre diese an der alltäglichen Ausgrenzung von Minderheiten unbeteiligt« (Matras 1989a, S. 3). Eine »Funktionalität« besitze der Rassismus damit weniger als Mechanismus zur Stabilisierung kapitalistischer Elitenherrschaft, sondern viel eher als Mechanismus zur Rechtfertigung von Ausbeutungsverhältnissen, von denen die deutsche Mehrheitsbevölkerung – »auch die ausgebeuteten Arbeiter« (ebd., S. 6) – über ihre Privilegien profitiere. Um diese Spezifik des Rassismus besser fassen zu können, stellte Matras daher der kapitalistischen Ausbeutung die »nationalistische, kulturrassistische« Unterdrückung gegenüber (Matras

1989c, S. 37). So bildeten die Mitglieder der deutschen Mehrheitsgesellschaft – der »herrschende[n] Nation« – eine

»Interessengemeinschaft der verschiedenen Schichten innerhalb der dominanten Bevölkerungsguppe in puncto Rassismus, die erst dann gebrochen werden kann, wenn diese sich mit der multinationalen Realität in diesem Land explizit auseinandersetzen und ihre eigene Rolle als potentielle Ausgrenzer kritisch hinterfragen« (Matras 1989a, S. 7).

Damit stellte Matras dem Bild eines unterdrückten Proletariats, das lediglich durch Manipulation »von oben« auf die schiefe Bahn des Rassismus gerate, das Bild eines deutschen Kollektivs entgegen, das durch rassistische Ausgrenzung klassenübergreifend verbunden sei. Matras schlussfolgerte hieraus, dass »der Appell an die gemeinsamen materiellen Interessen von deutschen und nicht-deutschen Arbeitern als Grundlage für die Bekämpfung rassistischer Argumentationen nicht ausreichen kann« (ebd., S. 6). Die Notwendigkeit, Unterschiede als Ausgangspunkt der politischen Praxis anzuerkennen, betonten dabei viele Akteure in der Bewegung. So wurde zum Beispiel in der »AG 3: Anti-Rassismus« beim 6. Bundestreffen der antikapitalistische Ansatz für sein Ansetzen bei gemeinsamen Interessen kritisiert: »Reale Ungleichheit wird so lediglich im Kopf aufgehoben. Anti-Rassismus heißt Akzeptanz der Unterschiede« (ID Asyl in der BRD 1989, S. 14). Ganz ähnlich wurde in einem Redebeitrag auf dem »8. bundesweiten Kongress der EinwanderInnen- und Flüchtlingsinitiativen« die Missachtung von Differenz als zentraler Mechanismus von Rassismus hervorgehoben:

»Die vermeintlichen Freunde der Einwanderer sagen, es gäbe keine Unterschiede. Beide, sowohl die Rassisten als auch die Freunde, unterstellen, daß es schlecht sei, anders zu sein. Anders bedeutet hier, in beiden Fällen, anders als der Herrschende zu sein. Unser Gegner erlaubt uns nicht, anders zu sein. Unsere Freunde wollen auch nicht, daß wir anders sind« (Immigrantenpolitisches Forum (IPF) 1989, S. 4).

Diese Perspektive ging, drittens, mit einer Dezentrierung des Staates als rassismuskritischem Deutungsrahmen einher. Durch die Fokussierung der Mehrheitsgesellschaft anstelle des Staates geriet vor allem der »alltägliche Rassismus« (ebd., S. 2), der »Alltagsrassismus« (ebd., S. 4), in den Fokus, wobei auch Rassismuserfahrungen innerhalb der Geflüchteten-Solidaritätsbewegung benannt wurden. Manche Akteure betonten in diesem Zusammenhang jedoch auch, dass der Fokus auf Alltagserfahrungen »unsere reale Forderung für Gleichberechtigung nicht ersetzen [dürfe]: gleiche Rechte auf der politischen und kulturellen Ebene« (ebd., S. 2). Sie blendeten die Rolle des Staates also nicht aus, sondern ordneten diese anders ein und sprachen ihm eine weniger zentrale Funktion zu.

4 Antirassistische Strategien zwischen »Klassenkampf« und »Bürgerrechtsbewegung«

Aus den verschiedenen Grundperspektiven auf Rassismus folgten auch Differenzen in der Vorstellung über antirassistische Politik. Dabei ging es weniger um theoretische Grundannahmen als um die Aushandlung der politischen Strategien und Praxis im Kontext von Geflüchteten-Solidarität.

4.1 Antirassismus als »Klassenkampf«

Dass aus antikapitalistischer und anti-imperialistischer Perspektive Rassismus primär über seine Funktion als Spaltungsmechanismus betrachtet wurde, hatte auch Folgen für die Strategien antirassistischer Praxis. Demnach erfüllte Antirassismus keinen Selbstzweck, sondern war Teil breiterer sozialer Kämpfe. Die anvisierte Überwindung von »rassistisch vermittelte[n] Klassenspaltungen« (Revolutionäre Zellen 1986) diente der Schaffung einer revolutionären Klassenpolitik, die alle Arbeiter:innen weltweit miteinander verbinden sollte: »Um dem Rassismus wirksam zu begegnen, muß die Vorstellung, deutsche Arbeiter hätten mehr gemein mit deutschen Unternehmer[n] als mit Arbeitern anderer Länder, zu einem zentralen Gegenstand politischer Auseinandersetzung gemacht werden« (Darmstädter Initiative gegen Rassismus 1989, S. 17). Antirassismus sollte in diesem Sinne eine Katalysatorfunktion erfüllen: »Eine starke antirassistische Bewegung in Westeuropa, besonders in der BRD, würde die Bedingungen für soziale Kämpfe verbessern und die antiimperialistischen Kräfte aus der Defensive führen« (Koordinationskreis Rhein/Ruhr autonomer Flüchtlingsgruppen 1987, S. 9). Es lassen sich grob zwei Arbeitsschwerpunkte nachzeichnen, welche die antirassistische Arbeit dieser Strömung ausmachten.

Erstens sollte ausgrenzenden Gesetzen und Rechtsverweigerungen möglichst entgegenwirkt werden. Beispielsweise betonte die Darmstädter Initiative gegen Rassismus, dass eine antirassistische Politik nur dann glaubwürdig sein könne, »wenn sie sich den Grundsatz zu eigen macht, daß demokratische Rechte nicht teilbar sind« (Darmstädter Initiative gegen Rassismus 1989, S. 36). Ihre Forderungen umfassten folglich sowohl die Abschaffung jeglicher »staatlicher Ausländerpolitik« (ebd., S. 32), da diese über die Differenzziehung zwischen »Deutschen« und »Ausländern« Ungleichheiten erzeuge, als auch offene Grenzen. Grundlegend hier war also die Forderung nach gleichen Rechten für alle, um die staatlich durchgesetzte, materielle Grundlage für die Spaltung zwischen deutschen und ausländischen Arbeiter:innen aufzuheben. Dies umfasste auch Versuche, über praktische Unter-

stützung von Geflüchteten den Folgen der deutschen Asylpolitik entgegenzuwirken.

Zweitens sollte versucht werden, der Anfälligkeit deutscher Arbeiter:innen für rassistische Hetze entgegenzuwirken. So wurde ein zentrales Problem im »Klima der Resignation und Ratlosigkeit« (ebd., S. 24) unter Arbeiter:innen gesehen, welches vor allem in ökonomischen Krisenzeiten Rassismus befördere. So schrieb der Antifaschistische Arbeitskreis Duisburg in einer Broschüre über die rassistisch geführte Debatte um Asyl im Sommer 1986: »Es ist die vermeintlich konkrete Bedrohung, der Handlungsdruck, der das ausländerfeindliche Bewußtsein in militanten Rassismus verwandelt. Der oder ich, vor diese Alternative gestellt, erscheint der Ausländer, der vorher ›nur‹ ein Ärgernis war, als greifbare Ursache des eigenen Elends« (Devantie et al. 1987, S. 38). Zieht man das staatszentrierte Rassismusverständnis hinzu, das im vorigen Abschnitt diskutiert wurde, ergibt sich eine doppelte Problemdiagnose: Deutsche Lohnabhängige seien aufgrund ihrer hoffnungslosen Lage nicht nur anfällig für rassistische Feindbildkonstruktionen, sondern seien diesen auch kontinuierlich durch staatliche Hetze ausgesetzt. Vor diesem Hintergrund betonten die Aktivist:innen die zentrale Rolle, die eine linke Klassenpolitik als Gegengewicht einnehmen müsse: »Dieser Tendenz könnte nur eine politisch überzeugende Linke, die zeigt, daß es möglich ist, Arbeiterinteressen gegen Unternehmer und Politiker zu verteidigen, entgegenwirken« (Darmstädter Initiative gegen Rassismus 1989, S. 25).

Das Ziel dieser antirassistischen Strategie lag also in der Bewusst- und Subjektwerdung eines solidarischen »Wir«, das nationalstaatliche Grenzen überschreiten und klassenpolitische Interessen gemeinsam vertreten könnte. In dieser Vorstellung würde ein »Angriff auf Flüchtlinge und Arbeitsmigrant/inn/en« als direkter »Angriff auf uns« verstanden (Antifaschistische Gruppen 1986, S. 3). In dieser »Wir«-Konstruktion drückte sich also bereits die Hoffnung auf die Überwindung nationalstaatlicher und rassistischer Trennungslinien aus. Vereinzelt zeigte sich dabei allerdings durchaus ein Bewusstsein für die Schwierigkeiten dieses Zusammenkommens. Beispielsweise betonten die Revolutionäre Zellen, dass sie nicht die »Illusion [hätten], daß die Immigranten und Flüchtlinge in der BRD mit Teilen der westdeutschen Unterklassen rasch gemeinsame Interessen entwickeln können« (Revolutionäre Zellen 1986). Eine zentrale Voraussetzung wurde durchaus in der Selbstreflexion linker Akteure gesehen (Flüchtlingsrat Bremen 1988a, S. 83). So postulierte zum Beispiel der Koordinationskreis Rhein/Ruhr in den »Materialien« die Selbstreflexion als Voraussetzung für antirassistische Arbeit:

»Wer sein Verhältnis als Deutscher zu Nicht-Deutschen, sein Verhältnis als satter Metropolenbürger zur Dritten Welt, als Mann zu Frauen und umgekehrt nicht ständig in Frage stellt, wird immer ein Spielball der Interessen des herrschenden Systems bleiben, sein bürgerliches Denken nicht befreien können« (Koordinationskreis Rhein/Ruhr autonomer Flüchtlingsgruppen 1987, S. 9).

Eben dieser Infragestellung der eigenen gesellschaftlichen Position als »Deutsche«, so die Kritiker:innen, kam allerdings in der alltäglichen Praxis der Geflüchteten-Solidaritätsbewegung nur eine untergeordnete Rolle zu.

4.2 Antirassismus als »Bürgerrechtsbewegung«

Kritiker:innen der antikapitalistisch und anti-imperialistisch orientierten Perspektive stellten vor allem den Rassismus innerhalb der Mehrheitsgesellschaft im Allgemeinen und der Geflüchteten-Solidaritätsbewegung im Besonderen in den Mittelpunkt der eigenen politischen Praxis. Diese zielte nicht darauf ab, gemeinsame Interessen als Arbeiter:innen und damit als im Kapitalismus Unterdrückte herzustellen, sondern Interessensdifferenzen zwischen deutscher Mehrheitsgesellschaft und von Rassismus betroffenen Minderheiten anzuerkennen. Der Idee des gemeinsamen (internationalen) Klassenkampfes stand hier die Idee einer »Bürgerrechtsbewegung« entgegen (Immigrantenpolitisches Forum (IPF) 1989, S. 13, 18, 28; Matras 1989c). Diese Perspektive entwickelte sich vor allem entlang praktischer Frustrationserfahrungen, die im Verlauf des Jahrzehnts auch zunehmend öffentlich thematisiert und diskutiert wurden (Gutiérrez Rodríguez und Tuzcu 2021; Templin 2016), wie sich beispielhaft an den Bundestreffen sehen lässt.

Ein wichtiger Wendepunkt in diesem Kontext war das »7. bundesweite Treffen der EinwanderInnen- und Flüchtlingsinitiativen«, welches unter dem Titel »Aus aller Herren Länder: Frauen auf der Flucht« im Oktober 1988 in Düsseldorf stattfand (ID Asyl In der BRD 1989). Auf diesem Treffen kritisierten Teilnehmer:innen erstmals die gängige Repräsentationspolitik in der Bewegung scharf, was sich in verschiedenen Konflikten äußerte. Mitglieder der »AG Rassismus« problematisierten beispielsweise, dass die Arbeitsgruppe aktuell »durch einen weißen, blonden Mann vertreten« (ebd.) werde. Der größte Eklat entstand jedoch über die Auswahl der Rednerin für den Hauptvortrag, die Kritiker:innen als symptomatisches Beispiel für die Dominanz *weißer* deutscher Akteure verstanden. In der Resolution des Treffens wurde dieser Punkt selbstkritisch benannt:

»Niemand wäre auf die Idee gekommen, einen Mann einzuladen, um über Sexismus zu sprechen. Aber warum wurde eine deutsche Frau eingeladen, um ausgerechnet auf diesem Treffen alleine den Einführungsvortrag zu halten? [...] Es ist ein Unding, daß Frauen, die auf der Flucht sind, sich von einer Deutschen erzählen lassen müssen, was ihre Fluchtgründe sind. [...] Wir müssen uns bewußt sein, daß in Europa der Rassismus tief verwurzelt und den EuropäerInnen zum größten Teil unbewußt anhaftet« (Immigrantenpolitisches Forum (IPF) 1989, S. 26 f.).

Im November 1988 folgte eine weitere Resolution anlässlich der »Internationalen Konferenz gegen Faschismus, Rassismus und Sexismus«, in der eine

»Gruppe von Flüchtlingen, ImmigrantInnen, Schwarzen Deutschen und deutschen Jüdinnen aus Berlin-West« kritisierte, dass die in der Stadt »lebenden betroffenen Organisationen, Gruppen und Individuen weder an der Vorbereitung, noch an der Durchführung« der Konferenz beteiligt worden waren (ebd., S. 25). Daher betonte die Gruppe, dass Veranstaltungen zum Thema Rassismus »prinzipiell unter Einbeziehung der betroffenen Gruppen stattfinden« sollten und dass die »Auseinandersetzung jeder einzelnen Person mit innerem Antisemitismus, Rassismus und Sexismus« Voraussetzung für solche Veranstaltungen sein müsse (ebd.).

Im Anschluss an die Kritik wurde das im Mai 1989 stattfindende 8. Bundestreffen »ausschließlich von den Betroffenen organisiert und inhaltlich konzipiert« (ebd., S. 28). Erstmals wurde hier also die Perspektive derjenigen, die selbst Diskriminierungserfahrungen machen, als besonders relevant gesehen. Als Schwerpunkt für dieses Treffen wählten die Organisator:innen das Thema »Minderheiten fordern Gleichberechtigung«. Einleitend formulierte der Diskussionsleiter unter anderem das Kongressziel, »Rassismus in der deutschen linken Bewegung in Form von Bevormundung, Paternalismus, altem missionarischen Denken und Helfersyndrom« in den Mittelpunkt zu rücken (ebd., S. 2). Die Teilnehmer:innen benannten dabei alternative Ansatzpunkte für eine antirassistische Strategie, wobei sie sich klar von einer antikapitalistischen und klassenpolitischen Stoßrichtung abgrenzten. Stattdessen strebten sie die Entwicklung einer »anti-rassistischen Bürgerrechtsbewegung« (ebd., S. 28) an, die sich primär aus selbst von Rassismus Betroffenen zusammensetzte und das Ziel verfolgte, deren Gleichberechtigung herzustellen. Staatliche Asyl- und Migrationspolitik wurde zwar weiterhin problematisiert, geriet im Verhältnis zur Kritik an der Bewegung jedoch in den Hintergrund. Einen gemeinsamen Kampf gegen kapitalistische Unterdrückung schlossen die Beteiligten nicht grundsätzlich aus, hielten diesen allerdings für die Organisation im Hier und Jetzt für weniger zentral. Grundsätzlich wiesen die hier engagierten Aktivist:innen jene Kritikmuster und Praxisangebote, die sie mit der deutschen Linken assoziierten, als paternalistisch zurück. Folglich betonten die Autor:innen der Resolution des Bundestreffens, dass sie sich gegen die »Bevormundung seitens links-alternativer Gruppen [wendeten], die uns und unsere Forderungen zu okupieren [sic] und zu instrumentalisieren versuchen« (ebd.).

Matras betonte in diesem Zusammenhang die Zentrierung der »nationalen Frage« durch den Antirassismus:

»Der Versuch, neue, eigene Ansätze durch eine Überbetonung des Gemeinsamen praktisch einzuverleiben, resultiert aus einer inhaltlichen Verunsicherung: Die antirassistische Bewegung führt einen neuen Widerspruch in die linke Diskussion ein, den Widerspruch zwischen herrschender Nation und den ethnisch-nationalen Minderheiten« (Matras 1989a, S. 10).

Antirassistische Praxis im Hier und Jetzt sollte sich folglich primär auf die Selbstorganisation eben dieser »ethnisch-nationalen Minderheiten« beziehen. In der Resolution heißt es dementsprechend:

»Um uns von dem Druck zur Anpassung und zur Assimilation zu befreien, werden wir unsere Bemühungen fortsetzen, die Selbstorganisation der Minderheiten zu vernetzen und den Austausch und die Zusammenarbeit zu intensivieren, und zwar sowohl auf bundesdeutscher als auch auf europäischer Ebene« (Immigrantenpolitisches Forum (IPF) 1989, S. 28).

Dabei ging es zentral um die Schaffung von »Freiräumen«,

»in denen die Auseinandersetzung mit kulturellen Normen und Verhaltensweisen frei von der Dominanz der Mehrheit geführt werden kann: eigene Institutionen, darunter Bildungszentren, Initiativen und eigene Interessenvertretungen. Diese »Freiräume« können wir als eine wahre kulturelle Autonomie bezeichnen, die nicht nur auf folkloristische Spektakel beschränkt ist, sondern als ein politisches Instrument zur Erlangung der gesellschaftlichen Emanzipation dient« (ebd., S. 13).

Wie die antikapitalistische Strömung formulierte auch die zweite einen über das Bestehende hinausweisenden Emanzipationsanspruch. Diesem Emanzipationsprozess wurde jedoch ein anderes Kollektivsubjekt zugrunde gelegt: Während das solidarische »Wir« in der oben vorgestellten antirassistischen Strategie klassenpolitisch gedacht war, ging es hier um eine gemeinsame Betroffenheit von Rassismus, die die Aktivist:innen klassenübergreifend dachten. Beispielsweise stellte Matras in seinen Texten die »Schicksalsgemeinschaft der nationalen Minderheiten« der »gesamte[n] deutsche[n] Bevölkerung als potentielle Ausgrenzer, als Unterdrückernation gegenüber« (Matras 1989b, S. 16; Hervorhebung im Original). Das Gelingen einer antirassistischen Politik durch diese »Schicksalsgemeinschaft« sei aber nicht einfach gegeben, sondern gelinge nur dann, wenn realexistierende Gruppendifferenzen zurückgestellt würden:

»Zwar gibt es in der sozialen und rechtlichen Lage sowie in der Geschichte der Diskriminierung in diesem Land Unterschiede zwischen den verschiedenen Gruppen – Arbeitssimmigranten, Flüchtlinge, Roma und Sinti, Juden, Schwarze Deutsche, und andere –, doch leiden wir im Prinzip alle unter der Grundeinstellung der Mehrheit, ob links oder rechts, die fest daran glaubt, es sei schlecht anders zu sein« (Immigrantenpolitisches Forum (IPF) 1989, S. 13).

Dieses Konzept antirassistischer Praxis ähnelt durchaus dem Versuch der ersten Strömung, eine gruppenübergreifende Unterdrückungserfahrung als Mobilisierungsgrundlage zu nutzen. Der zentrale Unterschied bestand aber darin, dass nicht kapitalistische Ausbeutung, sondern rassistische Ausgrenzung selbst hierfür herangezogen wurde.

5 Schlussfolgerungen

Dieser Aufsatz hat die antirassistische Bewegungspolitik und Theoriebildung in der Bundesrepublik Deutschland anhand von Diskussionen im pro-Geflüchteten-Aktivismus der 1980er Jahre zurückverfolgt. Die hier aufgezeigten Debatten zeigen eindrücklich, dass bereits zu dieser Zeit fundamentale Konfliktlinien innerhalb bewegungspolitischer Kontexte existierten, die bis heute ihre Relevanz behalten haben.

Auf der einen Seite standen linksradikale Akteure, die rassistische Migrations- und Asylpolitik als Teil eines globalen Systems kapitalistisch-imperialistischer Ausbeutung und Unterdrückung deuteten und Geflüchtete als genuinen Teil eines globalen Proletariats charakterisierten. Auf dieser Grundlage plädierten diese Akteure für die Schaffung einer internationalistischen Klassenpolitik, die daran orientiert sein sollte, materielle Interessensengensätze zwischen deutschen und migrantischen Arbeiter:innen zu überwinden. Diese Strömung fokussierte auf den gemeinsamen Kampf gegen Kapitalismus und imperialistische Unterdrückung, wobei sie Differenzen zwischen verschiedenen Gruppen als künstlich und zu überwindend ansah. Auf der anderen Seite traten zunehmend migrantische Akteure in Erscheinung, die diese Perspektive als verkürzt kritisierten. Sie argumentierten, dass die erste Strömung die tiefere Verstrickung der *weißen* deutschen Aktivist:innen in den Rassismus der Mehrheitsgesellschaft nicht ausreichend reflektierte. Sie verstanden Rassismus als eigenständiges soziales Phänomen, das nicht nur auf politisch-ökonomische Herrschaftsverhältnisse zurückzuführen sei, sondern in den alltäglichen Strukturen der deutschen Mehrheitsgesellschaft – und damit auch in aktivistischen Kontexten – fortbestehe. In ihrer Kritik an den linksradikalen Akteuren machten sie darauf aufmerksam, dass es wichtig sei, die konkreten Differenzen und Ungleichheiten zwischen Migrant:innen und Deutschen sowie zwischen *Weiß*en und People of Color ernst zu nehmen. Während die erste Strömung oftmals die materiellen Unterschiede und Ungleichheiten ignorierte, rückte die zweite Strömung diese Differenzen in den Vordergrund, verlor dabei jedoch die Notwendigkeit gemeinsamer Kämpfe zum Teil aus dem Blick.

Diese Konfliktlinien, die bereits in den 1980er Jahren auftraten, sind auch für das Verständnis der späteren antirassistischen Theoriebildung und Bewegungspolitik von zentraler Bedeutung. Die Entstehung einer breiteren antirassistischen Bewegung kann somit nicht nur im Kontext der rechten Gewalt der Wendezeit gesehen werden. Sie fußt vielmehr auf den bereits in den 1980er Jahren geführten theoretischen Auseinandersetzungen, ohne die die spätere Rassismuskritik kaum denkbar gewesen wäre. Auch wenn die damaligen Diskussionen nur einen Randbereich der Gesellschaft erreichten,

legten sie den Grundstein für eine antirassistische Bewegung, die sich insbesondere nach der Wendezeit entfaltete. Heute sind diese Konfliktlinien erneut von hoher Relevanz. Die Verbindung von Kapitalismuskritik und Rassismuskritik wird sowohl in bewegungspolitischen als auch in akademischen Diskursen wieder intensiv verhandelt. Die historische Analyse dieser Debatten bietet daher auch wichtige Einsichten für das Verständnis aktueller antirassistischer und antikapitalistischer Kämpfe.

Literatur und Quellen

- AG Grauwacke. 2003. *Autonome in Bewegung: Aus den ersten 23 Jahren*. Berlin: Assoziation A.
- Alexopoulou, Maria. 2020. *Deutschland und die Migration: Geschichte einer Einwanderungsgesellschaft wider Willen*. Ditzingen: Reclam.
- Alexopoulou, Maria. 2021. Non-Citizens Protests in Germany Since the 1980s. *Moving the Social* 66: 53–87.
- Antifaschistische Gruppen. 1986. *Asyl-Reader*. Papiertiger: Archiv & Bibliothek der sozialen Bewegungen, Berlin.
- Arbeitskreis gegen Rassismus, Frankfurt. 1987. *Reader: 5. bundesweites Treffen der Migranten- und Flüchtlingsinitiativen in Frankfurt vom 30.10.–1.11.1987*. Archiv für alternatives Schrifttum, Duisburg.
- Arendt-Rojahn, Veronika. 1983. *Ausgeliefert: Cemal Altun und andere*. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt.
- Ayim, May, Katharina Oguntoye, und Dagmar Schultz, Hrsg. 2021. *Farbe bekennen. Afro-deutsche Frauen auf den Spuren ihrer Geschichte*. Berlin: Orlanda.
- Babo, Markus. 2003. *Kirchenasyl – Kirchenhikesie: Zur Relevanz eines historischen Modells im Hinblick auf das Asylrecht der Bundesrepublik Deutschland*. Münster: Lit.
- Bade, Klaus J. 1994. *Ausländer, Aussiedler, Asyl*. München: C.H. Beck.
- Benicke, Jens. 2010. *Von Adorno zu Mao: Über die schlechte Aufhebung der antiautoritären Bewegung*. Freiburg im Breisgau: Ca-Ira.
- Benicke, Jens. 2019. *Die K-Gruppen: Entstehung – Entwicklung – Niedergang*. Wiesbaden: Springer VS.
- Bergold-Caldwell, Denise, Laura Digoh, Hadija Haruna-Oelker, Christelle Nkwendja-Ngnoubamdjum, Camilla Ridha, und Eleonore Wiedenroth-Coulibaly, Hrsg. 2016. *Spiegelblicke. Perspektiven Schwarzer Bewegung in Deutschland*. Berlin: Orlanda Frauenverlag.
- Bojadžijev, Manuela. 2002. Antirassistischer Widerstand von Migrantinnen und Migranten in der Bundesrepublik. Fragen der Geschichtsschreibung. 1999. *Zeitschrift für Sozialgeschichte des 20. und 21. Jahrhunderts* 17 (1): 125–152.
- Bojadžijev, Manuela. 2012. *Die windige Internationale: Rassismus und Kämpfe der Migration*. 2. Aufl. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Bojadžijev, Manuela, Katherine Braun, Manuel Liebig, und Benjamin Opratko. 2019. Rassismusforschung in Deutschland: Prekäre Geschichte, strukturelle Probleme, neue Herausforderungen. In *Leerstelle Rassismus? Analysen und Handlungsmöglichkeiten nach dem NSU*, Hrsg. Tina Dürr und Reiner Becker, 59–73. Frankfurt am Main: Wochenschau Wissenschaft.

- Carstensen, Anne Lisa, Sabine Hess, Lisa Riedner, und Helen Schwenken. 2022. *Solidarität – Kooperation – Konflikt: Migrantische Organiserungen und Gewerkschaften in den 1970/80er Jahren*. Hamburg: VSA.
- Darmstädter Initiative gegen Rassismus. 1989. *Für eine antirassistische Bewegung in der BRD*. Darmstadt. Papiertiger: Archiv & Bibliothek der sozialen Bewegungen, Berlin.
- Demirtas, Birgül, Adelheid Schmitz, Derya Gür-Seker, und Çağrı Kahveci, Hrsg. 2023. *Solingen, 30 Jahre nach dem Brandanschlag. Rassismus, extrem rechte Gewalt und die Narben einer vernachlässigten Aufarbeitung*. Bielefeld: transcript.
- Devantie, Rainer, Christof Garrel, Siegfried Jäger, Margret Jäger, Ursula Krefit, und Hans Uske. 1987. *Auf der Flucht: Asyl – ein Lehrstück über Rassismus in der Bundesrepublik*. Archiv für alternatives Schrifttum, Duisburg.
- Die Bundesregierung. 2017. *Nationaler Aktionsplan gegen Rassismus: Positionen und Maßnahmen zum Umgang mit Ideologien der Ungleichwertigkeit und den darauf bezogenen Diskriminierungen*. Berlin: Bundesministerium des Innern/Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend.
- Dunivin, Zackary Okun, Harry Yaojun Yan, Jelani Ince und Fabio Rojas. 2022. Black Lives Matter Protests Shift Public Discourse. *Proceedings of the National Academy of Sciences* 119 (10): 1–11.
- Florvil, Tiffany Nicole. 2020. *Mobilizing Black Germany: Afro-German Women and the Making of a Transnational Movement*. Urbana: University of Illinois Press.
- Fluchtbund Berlin. 1988. *Informationsblatt 4. MigrantInnen/Flüchtlinge – Kämpfe, Sozialaktionen, Inis... 1974-87 I*. Papiertiger: Archiv & Bibliothek der sozialen Bewegungen, Berlin.
- Flüchtlingsrat Bremen. 1988a. *Reader: »Offene Grenzen« 6. anti-rassistisches Bundestreffen der Einwanderinnen und Flüchtlingsgruppen Bochum (4.–6. März)*. Kollektivbibliothek + Plakatearchiv (New Yorck im Bethanien), Berlin.
- Flüchtlingsrat Bremen. 1988b. *Kurz-Reader: 6. anti-rassistisches Bundestreffen der Einwanderinnen und Flüchtlingsgruppen Bochum (4.–6. März)*. Kollektivbibliothek + Plakatearchiv (New Yorck im Bethanien), Berlin.
- Flüchtlingsrat Bremen. 1989. *Freie Flüchtlingsstadt Bremen*. Bremen. Informationszentrum 3. Welt (iz3w), Freiburg.
- Freie Flüchtlingsstädte-Bewegung. 1988. *Sanctuary Movement USA: Frei Flüchtlingsstädte Bewegung. Rundreise mit Henry Atkins, Mitbegründer der Networks »Friedensbewegung« und »Nicaragua« sowie des »Sanctuary Movement«*. Papiertiger: Archiv & Bibliothek der sozialen Bewegungen, Berlin.
- Gerber, Jan. 2010. *Nie wieder Deutschland? Die Linke im Zusammenbruch des »Realen Sozialismus«*. Freiburg: Ça ira.
- Gerber, Jan. 2022. *Das letzte Gefecht: die Linke im Kalten Krieg*. Erweiterte Neuauflage. Berlin: XS-Verlag.
- Goeke, Simon. 2020. *»Wir sind alle Fremdarbeiter!« Gewerkschaften, migrantische Kämpfe und soziale Bewegungen in Westdeutschland 1960–1980*. Paderborn: Schöningh.
- Gutiérrez Rodríguez, Encarnación, und Pinar Tuzcu. 2021. *Migrantischer Feminismus in der Frauenbewegung in Deutschland*. Münster: edition assemblage.
- Haruna-Oelker, Hadija. 2016. *Porträt-Reihe: In Erinnerung an Farbe bekennen*. In *Spiegelblicke: Perspektiven Schwarzer Bewegung in Deutschland*, Hrsg. Denise Bergold-Caldwell, Laura Digoh, Hadija Haruna-Oelker, Christelle Nkwendja-

- Ngnoubamdjum, Camilla Ridha und Eleonore Wiedenroth-Coulibaly, 16–27. Berlin: Orlanda Frauenverlag.
- Herbert, Ulrich. 2001. *Geschichte der Ausländerpolitik in Deutschland: Saisonarbeiter, Zwangsarbeiter, Gastarbeiter, Flüchtlinge*. München: C.H. Beck.
- Herbert, Ulrich, und Jakob Schönhagen. 2020. Vor dem 5. September. Die »Flüchtlingskrise« 2015 im historischen Kontext. *APuZ – Aus Politik und Zeitgeschichte* 70: 27–36.
- ID Asyl In der BRD. 1989. *Dokumentation: »Aus aller Herren Länder: Frauen auf der Flucht« 7. bundesweites Treffen der Einwanderer- und Flüchtlingsinitiativen vom 14. bis 16. Oktober im ZAKK, Düsseldorf*. Kollektivbibliothek + Plakatearchiv (New Yorck im Bethanien), Berlin.
- ImmigrantInnenpolitisches Forum (IPF). 1989. *Redebeiträge zum 8. bundesweiten Kongress der EinwanderInnen- und Flüchtlingsinitiativen »Minderheiten fordern Gleichberechtigung« in Frankfurt am Main vom 5.–7.5.89*. Kollektivbibliothek + Plakatearchiv (New Yorck im Bethanien), Berlin.
- Initiative für die Freiheit von C.K. Altun in Lübeck. 1983. *Aufruf: KIRCHENBESETZUNG IN LÜBECK! ...Keine Abschiebung von Antifaschisten...Denn Abschiebung Ist MORD! MigrantInnen/Flüchtlinge – Kämpfe, Sozialaktionen, Inis... 1974–87 I*. Papiertiger: Archiv & Bibliothek der sozialen Bewegungen, Berlin.
- Interface, Hrsg. 2005. *WiderstandsBewegungen: Antirassismus zwischen Alltag & Aktion*. Berlin: Assoziation A.
- Internationale Kommunistische Partei. 1981. *Asylbewerber im Hungerstreik! Solidarität heisst Kampf für die Durchsetzung ihrer Forderungen! MigrantInnen/Flüchtlinge – Kämpfe, Sozialaktionen, Inis... 1974–87 I*. Papiertiger: Archiv & Bibliothek der sozialen Bewegungen, Berlin.
- Kalpaka, Annita, und Nora Räthzel, Hrsg. 1992. *Rassismus und Migration in Europa. Beiträge des Kongresses »Migration und Rassismus in Europa«, Hamburg, 26. bis 30. September 1990*. Hamburg: Argument.
- Kalpaka, Annita, und Nora Räthzel. 2017. Die Schwierigkeit, nicht rassistisch zu sein – 30 Jahre später. In *Rassismus. Die Schwierigkeit, nicht rassistisch zu sein*, Hrsg. Klaus Weber, Annita Kalpaka und Nora Räthzel, 7–39. Hamburg: Argument.
- Kleinschmidt, Julia. 2018. Streit um das »kleine Asyl«. »De-Facto-Flüchtlinge« und Proteste gegen Abschiebungen als gesellschaftspolitische Herausforderung für Bund und Länder der 1980er Jahre. In *Den Protest regieren. Staatliches Handeln, neue soziale Bewegungen und linke Organisationen in den 1970er und 1980er Jahren*, Hrsg. Alexandra Jaeger, Julia Kleinschmidt und David Templin, 231–258. Essen: Klartext.
- Komitee für politische Asylanten. 1983. *Solidarität mit dem Kampf der Demokraten und Revolutionäre aus der Türkei! Keine Auslieferung von Cemal Kemal Altun! Stuttgart*. Papiertiger: Archiv & Bibliothek der sozialen Bewegungen, Berlin.
- Komitee von Asylbewerbern. 1981. *Aufruf. AN DIE DEMOKRATISCHE ÖFFENTLICHKEIT! Berlin*. Kollektivbibliothek + Plakatearchiv (New Yorck im Bethanien), Berlin.
- Koordinationsbüro »Frankfurter Appell.« 1984. *Aufruf zum Marsch gegen Rassismus und ausländerfeindliche Politik! September 1984 bis 13. Oktober 1984*. MigrantInnen/Flüchtlinge – Kämpfe, Sozialaktionen, Inis... 1974–87 I. Papiertiger: Archiv & Bibliothek der sozialen Bewegungen, Berlin.

- Koordinationskreis Rhein/Ruhr autonomer Flüchtlingsgruppen. 1987. *Materialien gegen imperialistische Flüchtlingspolitik*. Papiertiger: Archiv & Bibliothek der sozialen Bewegungen, Berlin.
- Kraushaar, Wolfgang, Hrsg. 2006. *Die RAF und der linke Terrorismus*. Hamburg: Hamburger Edition.
- Matras, Yaron. 1989a. Zwischen »Helfern« und »Patienten«: Über herrschende Mehrheit und nationale Minderheiten. Hamburg: Eigenverlag.
- Matras, Yaron. 1989b. Der Antirassismus ist noch verkrampft. Zwei von Abschiebung bedrohte Roma-Familien blieben doch nicht in der Hafestraße. *Arbeiterkampf. Zeitung des Kommunistischen Bundes* 302: 16.
- Matras, Yaron. 1989c. Zwischen »Helfern« und Patienten. *Arbeiterkampf. Zeitung des Kommunistischen Bundes* 304: 37.
- Matras, Yaron. 1989d. Minderheiten fordern Gleichberechtigung. *Arbeiterkampf. Zeitung des Kommunistischen Bundes* 307: 30.
- Meulenbelt, Anja. 1988. *Scheidelinien: über Sexismus, Rassismus und Klassismus*. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt.
- Morgenstern, Matthias. 2003. *Kirchenasyl in der Bundesrepublik Deutschland. Historische Entwicklung – aktuelle Situation – internationaler Vergleich*. Wiesbaden: VS Springer.
- Münch, Ursula. 1992. *Asylpolitik in der Bundesrepublik Deutschland: Entwicklung und Alternativen*. Opladen: Leske + Budrich.
- Nobrega, Onur Suzan, Matthias Quent, und Jonas Zipf, Hrsg. 2021. *Rassismus. Macht. Vergessen. Von München über den NSU bis Hanau. Symbolische und materielle Kämpfe entlang rechten Terrors*. Bielefeld: transcript.
- o. A. 1981. *Aufruf: Asyl. Demonstration gegen Lager*. Tübingen. *MigrantInnen/Flüchtlinge – Kämpfe, Sozialaktionen, Inis... 1974–87 I*. Papiertiger: Archiv & Bibliothek der sozialen Bewegungen, Berlin.
- o. A. 1986. *Antifaschistisches Infoblatt. Nummer: 0. S BRD und Ausland – Ausländerpolitik – 1971–1992 – Signatur 075–077*. APO-Archiv im Universitätsarchiv der Freien Universität Berlin.
- o. A. 1987. *Reader zum 3. Bundestreffen der Asyl- und Flüchtlingsinitiativen vom 20.–23.3.87 in Nürnberg*. Archiv für alternatives Schrifttum, Duisburg.
- Pöggel, Tanita Jill. 2023. Ambivalent Meanings of the Past. State Critique and Memory Politics in 1980s (Pro-)Refugee Struggles in the Federal Republic of Germany. *Journal of Ethnic and Migration Studies* 50 (14): 3683–3706.
- Poutrus, Patrice G. 2016. Zuflucht im Nachkriegsdeutschland. Politik und Praxis der Flüchtlingsaufnahme in Bundesrepublik und DDR von den späten 1940er Jahren bis zur Grundgesetzänderung im vereinten Deutschland von 1993. In *Handbuch Staat und Migration in Deutschland seit dem 17. Jahrhundert*, Hrsg. Jochen Oltmer, 853–894. Oldenburg: De Gruyter.
- Poutrus, Patrice G. 2019. *Umkämpftes Asyl: Vom Nachkriegsdeutschland bis in die Gegenwart*. Berlin: Christoph Links Verlag.
- Prenzel, Thomas, Hrsg. 2012. *20 Jahre Rostock-Lichtenhagen. Kontext, Dimensionen und Folgen der rassistischen Gewalt*. Rostock: Universität Rostock Institut für Politik- und Verwaltungswissenschaften.
- Reisigl, Martin. 2014. Argumentation Analysis and the Discourse-Historical Approach. A Methodological Framework. In *Contemporary Critical Discourse Studies*, Hrsg. Christopher Hart und Piotr Cap. London: Bloomsbury Academic.

- Reisigl, Martin, und Ruth Wodak. 2001. *Discourse and Discrimination: Rhetorics of Racism and Antisemitism*. London: Taylor & Francis Group.
- Revolutionäre Zellen. 1986. *Aufruf: Er kämpft das freie Aufenthaltsrecht für alle Flüchtlinge und Immigranten! MigrantInnen/Flüchtlinge – Kämpfe, Sozialaktionen, Inis... 1974–87 I*. Papiertiger: Archiv & Bibliothek der sozialen Bewegungen, Berlin.
- Schuster, Liza. 2003. *The Use and Abuse of Political Asylum in Britain and Germany*. London: Frank Cass.
- Seibert, Niels. 2008. *Vergessene Proteste: Internationalismus und Antirassismus 1964–1984*. Münster: Unrast.
- Spanos, Jonathan. 2022. *Flüchtlingsaufnahme als Identitätsfrage: Der Protestantismus in den Debatten um die Gewährung von Asyl in der Bundesrepublik (1949 bis 1993)*. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht.
- Steinhilper, Elias. 2021. *Migrant Protest: Interactive Dynamics in Precarious Mobilizations*. Amsterdam: Amsterdam University Press.
- Templin, David. 2016. Asyl in Hamburg? Flüchtlinge aus der Türkei und die Debatte um Asyl und Auslieferung in den frühen achtziger Jahren. *Zeitgeschichte für Hamburg* 14: 68–87.
- Terkessidis, Mark. 2004. *Die Banalität des Rassismus: Migranten zweiter Generation entwickeln eine neue Perspektive*. Bielefeld: transcript.
- Wilcke, Holger, und Laura Lambert. 2015. Die Politik des O-Platzes. (Un-)Sichtbare Kämpfe einer Geflüchtetenbewegung. *movements. Journal for Critical Migration and Border Regime Studies* 1 (2).
- Wodak, Ruth. 2015. *The Politics of Fear: What Right-Wing Populist Discourses Mean*. Los Angeles: Sage.
- Wolken, Simone. 1988. *Das Grundrecht auf Asyl als Gegenstand der Innen- und Rechtspolitik in der Bundesrepublik Deutschland*. Frankfurt am Main: Peter Lang.